Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse = Gazetta militare svizzera

Band: 59=79 (1913)

Heft: 8

Artikel: Die Gefahren der Balkankrise

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-30416

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

4. Wir beantragen die Frage zu prüfen, ob nicht der *Bagagetrainstaffel* der Inf.-Brigade eine *Fahrküche* zuzuteilen sei. Ohne Spezialwaffen zählt diese Staffel mindestens 4 Offiziere, 7 Unteroffiziere und 152 Mann. Sie wird öfter von der Truppe getrennt sein und es sind die Gründe, die für die Einführung der Fahrküchen im Allgemeinen maßgebend waren, auch für die Zuteilung zu großen Trainkolonnen zutreffend.

5. Das Postulat, die *Trainsoldaten* mit einem *kurzen Gewehr zu bewaffnen,* erneuern wir. Zur Begründung führen wir an:

Der Trainsoldat bedarf zu seiner persönlichen Verteidigung einer Schußwaffe. Diese Notwendigkeit ist von allen uns umgebenden Staaten anerkannt, weßhalb sie ihre Trainmannschaften mit dem Karabiner ausgerüstet haben

Durch die Bewaffnung des Trainsoldaten können sowohl Unterkunftsstellen als Fassungs- und Sammelplätze gegen feindliche Unternehmungen besser verteidigt werden.

Den Trainkolonnen kann eine kleinere Anzahl Bedeckungsmannschaft beigegeben werden, was der Truppe in der Front zu gut kommt. Die Bewaffnung verschafft dem Trainsoldaten mehr militärisches Aussehen und erhöht dessen Selbstvertrauen.

Die Bedenken, daß die Ausbildung in der Handhabung der Waffe die traindienstliche Schulung stören würde, erachten wir als unbegründet. Das Gewehrexerzieren tritt an Stelle der Säbelübungen. Die Schießausbildung ist in den Rekrutenschulen, wo immer ein Drittel Ueberzählige vorhanden sind, leicht möglich. Die weitere Schulung als Schütze erhält der Trainsoldat in den Schützenvereinen.

Die ungefähr 2500 Gewehre mehr in der hinteren Linie bedeuten für unsere Armee eine wesentliche Erhöhung der Gefechtskraft.

6. Die neue *Trainordnung* sieht Quartiermeister als Führer von Trainstaffeln vor. Dadurch wird unseres Erachtens ein schädlicher Dualismus erzeugt. Die wichtige Kolonnenführung wird damit Offizieren übertragen, welche dazu vielleicht durchaus befähigt sind, daneben aber noch andere Aufgaben zu lösen haben und nicht im Falle sind, sich von dem Grade der Leistungsfähigkeit von Mannschaft und Pferden ein Bild zu machen, noch weniger die Erhaltung und Hebung derselben zu kontrollieren.

Wir schlagen deshalb vor, es sei auf den Grundsatz zurückzukommen, daß Trainstaffeln und Teile derselben ausschließlich von Trainoffizieren und Unteroffizieren zu führen sind.

7. Für die *Trainoffiziere* wird folgender *Dienstgang* vorgeschlagen:

a) Dienst als Leutnant in einer Verpflegungs-, Pontoniertrain- oder Festungstrain-Kompagnie.
b) Dienst als Trainoffizier eines Inf.-Regiments, einer Kav.-Brigade, eines Sappeurbat., einer Sanitätsabteilung oder weiterer Dienst als Subalternoffizier in einer Verpflegungs-Pontoniertrain- oder Festungstrainkompagnie.
c) Dienst als dem Trainchef der Division zugeteilter Subalternoffizier (in erster Linie für zur Beförderung zum Hauptmann in Aussicht genommene Train-Offiziere).
d) Dienst als Trainoffizier einer Infanteriebrigade oder als Kommandant einer Verpflegungs-, Pontoniertrain- oder Festungstrainkompagnie.
e) Dienst als dem Trainchef der Division zugeteilter Stabsoffizier.
f) Dienst als Trainchef der Division oder als Kommandant einer Verpflegungsabteilung oder der Festungstrainabteilung.

8. Als im Interesse einer Förderung der Ausbildung erachten wir es für geboten, daß die *Trainchefs* der *Divisionen* durch *dienstliche Besuche* in Rekrutenschulen und Cadresschulen, eventuell auch durch Heranziehung als außerordentliche Instruktoren mit der Ausbildung des Linientrains Fühlung nehmen können.

Die formelle Grundlage dafür erblicken wir in Ziffer 13, 14 und 30 der Verordnung über die Obliegenheiten und den Dienstkreis der Truppenführer vom 28. Februar 1908, sowie in Ziffer 3 der Verordnung betreffend das Instruktionspersonal vom 28. Februar 1908".

Die Gefahren der Balkankrise.

(Wiener Korrespondenz.)

Langsam sind die türkischen Friedensunterhändler vor denen der Balkanverbündeten zurückgewichen. Zuletzt schien es nur mehr eines etwas nachdrücklicheren Anstoßes zu bedürfen, um die Ottomanen zur vollständigen Kapitulation zu bestimmen. Da sistierten die Balkanalliierten die Friedensunterhandlungen und die Großmächte unternahmen die einer Erpressung verzweifelt ähnliche Kollektivdemarche in Konstantinopel. *Kiamil* zog sich mit seinen Ministern in das Beratungszimmer zurück, um eine *Note* zu entwerfen, die den Verzicht der hohen Pforte auf Adrianopel und die Regelung der Inselfrage beinhaltet hätte. Ein beispielloser Optimismus bemächtigte sich aller Welt. Man verkündete das Ende der Balkankrise und vergaß die Worte, die Julian *Klacko* unter dem Eindrucke des Vordringens der russischen Heeresmacht bis unter die Mauern Konstantinopels geschrieben hatte: „Cela a été la fatale destinée de l'Empire ottoman de faire toujours trembler les états civilés dans sa bonne comme dans sa mauvaise fortune et l'on peut dire qu'il est devenu aussi menaçant pour leur repos par sa faiblesse que par sa décadence qu'il l'a été autrefois par sa force et son ascendant". Diese Bestimmung der Türkei sollte also mit einem Male ausgelöscht sein? Ein paar türkische Offiziere drangen in die Pforte, entrissen Kiamils zitternder Hand die friedenverheißende Note, warfen ihn aus dem Palaste und färbten seinen Boden mit dem Blute des Generalissimus. Alte Begehrlichkeiten wurden rege. Rußland schien die Hand nach Armenien ausstrecken zu wollen; die Gefahr einer europäischen. Konflagration schien gegeben. Ein paar Tage später war wieder aller Pessimismus verflogen. Auf dem Balkan hatten die Kanonen aufs neue zu sprechen bekommen, ohne, daß die Großmächte in den Kriegstaumel hineingezogen worden wären. Daher Hosiannah! Diese Stimmungsschwankungen der Oeffentlichkeit während der Balkankrise sind durchaus unbegründet. Als anfangs Dezember unter panischer Kriegsfurcht Vermögen zerbröckelten waren wir dem Kriege nicht näher als heute.

Nicht um Furcht und Schrecken zu erzeugen, sondern um einer realen Auffassung der internationalen Situation die Wege zu ebnen, weisen wir darauf hin, daß bisher keine der durch den Balkankrieg aufgeworfenen Fragen gelöst wurde und daß selbst ihre Lösung kaum je eine solche sein dürfte, daß wir das Wort „Balkankrise“ aus unserem politischen Wörterbuch streichen könnten. Ein kurzer Ueberblick über alle Möglichkeiten und offenen Fragen kann zu einer richtigeren — von Optimismus und Pessimismus gleich weit entfernten — Beurteilung der Lage führen und Aufklärung darüber geben, ob überhaupt in absehbarer Zeit die Balkankrise ihr Ende nehmen kann.

Schon der Verlauf des zweiten Abschnittes des Balkankrieges birgt manche ernste Gefahren. Ein ungünstiger Ausgang für die Verbündeten (der wenig wahrscheinlich ist) oder ein schleppender, verlustreicher Verlauf (der möglich wäre) könnte den panslavistischen russischen Kreisen die Macht geben, eine Einmischung Rußlands zu provozieren. Es würde ja schon zur trostlosen Verwirrung der internationalen Lage führen, wenn ein russischer Einmarsch in Armenien den Türken in den Rücken fiele. Rasche Siege der Balkanverbündeten können in ihren Wirkungen ganz verschieden sein, je nachdem, ob diese Siege bloß zur Einnahme Adrianopels oder auch zur Eroberung der Tschadaldscha-Linie führten. Im ersteren Falle könnte man damit rechnen, daß die Friedensverhandlungen auf der alten Basis wieder aufgenommen und zu einem baldigen Ende gebracht werden würden. Im letzteren Falle würden aber die siegreichen Heere kaum abzuhalten sein, in Konstantinopel einzumarschieren und dort einen Frieden zu diktieren, der der türkischen Herrschaft in Europa restlos ein Ende bereitete. Wir müssen wohl nur an die Dardanellen erinnern, um darzutun, welche großen europäischen Interessen und Gegensätze durch einen solchen Schluß des Feldzuges in Frage kämen.

Nehmen wir aber auch nur den günstigsten Fall an, daß zwischen den Alliierten und den Türken ein Präliminarfriede zustandekommt, wie ihn Kiamil Pascha bereits abschließen wollte. Durch einen solchen Frieden wäre auch nur erst *eine* Frage gelöst, nämlich die, daß die europäische Türkei eine Grenze erhielte, die stark südlich von Adrianopel verliefe. Alle andern Fragen müßten erst in langwierigen Verhandlungen zwischen den Großmächten und den Verbündeten entschieden werden. Zu diesen Fragen zählen:

Albanien. Die Großmächte sind bisher nur darin übereingekommen, daß Albanien selbständig werden soll. Was unter Albanien zu verstehen ist, wissen die Großmächte noch nicht. Der Dreibund (vielleicht auch England) wünscht ein geographisch und ethnographisch motiviertes, wirtschaftlich und militärisch lebensfähiges Albanien, alle Städte und Ortschaften, in denen die Albanesen die absolute Majorität innehaben, sollten im allgemeinen zu dem neuen Staate gehören. Darnach gehörten Skutari, Janina, Ipek, Prizzend, Prilep, Monastir zweifellos zu Albanien. Serbien ließ der Londoner Botschafterkonferenz eine in Belgrad entworfene Karte vorlegen, nach der der neue Staat auf einen schmalen, jeglichen Hinterlandes entbehrenden Küstenstrich beschränkt bliebe. Kürzlich wurde nun in verschiedenen Blättern ein Interview mit *Ssasonow* verlautbart, nach dem Rußland in der albanesischen Frage dem österreichisch-ungarischen Standpunkte Rechnung trüge. Herr von *Ssasonow* hat diese Berichte so scharf „als den Tatsachen widersprechend“ dementiert, daß man nun weiß, zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland klafft in dieser Frage noch ein breiter Abstand. Tatsächlich hat die Tripelentente zuletzt vorgeschlagen, daß Albanien dasjenige zugesprochen werden solle, wo die Albanesen dreiviertel der Bevölkerung ausmachen. Auch nach diesem Vorschlage fiele Skutari dem neuen Staate zu, es soll also ausgenommen werden. Diese Propositionen wurden vom Dreibund nicht akzeptiert, ein Mittelweg wurde nicht gefunden, daher wird Ende Februar eine internationale Kommission nach Albanien gehen, angeblich um die (längst bekannten) nationalen Verhältnisse an Ort und Stelle zu studieren, tatsächlich um den dornigen Gegenstand für einige Zeit von der Tagesordnung der Botschafterreunion absetzen zu können.

Inselfrage. Einvernehmlich hätten die Großmächte und die Balkanverbündeten das Schicksal der Inseln im Aegäischen Meere zu entscheiden. Die Mehrzahl der Großmächte wäre für folgende Lösung: Die vor dem Eingang in die Dardanellen liegenden, sogenannten strategischen Inseln: Samothrake, Lemnos, Imbros und Tenedos verbleiben im Besitz der Türkei: Thasos, das vor Kawalla liegt, soll Bulgarien erhalten; die an der Westküste Kleinasiens gelegenen Inseln Lesbos, Chios und Samos erhielten eine Autonomie unter der Souveränität des Sultans; alle andern Inseln sollen Griechenland zugesprochen werden. Gegen diesen Plan gibt es ernste Widerstände. Es kann nämlich kaum einem Zweifel unterliegen, daß Griechenland Kreta erhalten kann, weil es England ein Servitut auf die Suda-Bai zugesprochen hat. England, das heute schon in Gibraltar, Malta, Cypern und Aegypten wertvolle Mittelmeerstationen besitzt, tangiert durch die neue Erwerbung die junge Mittelmeerposition Italiens. Dieses hat daher auch schon seine Ansprüche angemeldet. Es hat noch vom Feldzug um Tripolis her einige Inseln besetzt und will nun Mythilene, Chios, Samos und Nikaric behalten. Griechenland anderseits besteht auf der Ueberweisung von Mythilene, Chios, Samothrake, Lemnos, Imbros und Phasos in seinen Besitz (neben den Inseln, die ihm alle Mächte zusprechen wollen.)

Die finanziellen Fragen. Die Balkanverbündeten wollen von der Türkei eine Kriegsentschädigung verlangen und sie eventuell mit den Teilen der türkischen Staatsschuld kompensieren, die sie nach dem Verhältnis der Gebietserwerbungen wegnehmen müßten. Frankreich und England in erster Linie wehren sich gegen die Forderung einer Kriegsentschädigung ganz entschieden, denn die heutige Staatsschuld würde sonst die geringeren Einkünfte der verkleinerten Türkei belasten.

Große, aber kaum gefährliche Schwierigkeiten wird, nach dem Analogon vom Jahre 1909, die Frage der Ablösung der orientalischen Bahnen bereiten. Den größten Teil der orientalischen Bahnen wird wohl Bulgarien, die Strecken Zibeftsche bis Uesküb und Uesküb bis Mitrowitza Serbien im Expropriationswege übernehmen.

Viel schwieriger wird die Regelung der Zölle in den eroberten Gebieten sein. Der Türkei war bisher ein 11%iger Wertzoll zugestanden. Die

Verbündeten wollen die Zölle entsprechend ihren Zollsätzen erhöhen. Diese Frage wird wohl direkt zwischen den einzelnen Interessenten entschieden werden.

Die *österreichisch-serbische Frage.* Die Botschafterreunion wird wohl noch den von Serbien geforderten *wirtschaftlichen* Korridor an die Adria behandeln. Sollte gefunden werden, daß diese Linie durch Bosnien nach Metkovic führen könnte, so müßten schon direkte Verhandlungen zwischen Wien und Belgrad einsetzen. In diesen Verhandlungen werden auch unsere Forderungen an Serbien befriedigt werden müssen: Freiheit und Ungestörtheit unseres Handelsverkehrs mit dem Aegäischen-Meere; politische und wirtschaftliche Garantien gegen eine Wiederholung von Vorkommnissen, die uns zur kostspieligen Entwicklung militärischer Machtmittel zwingen. Wie *diese* Fragen gelöst werden können, ist noch durchaus unklar.

Die Teilung der Kriegsbeute. In dem zwischen den Balkanverbündeten und der Türkei zu persolvierenden Friedensinstrument wird bekanntlich die Türkei Abtretungen an die Verbündeten in corpore vornehmen. Die Verbündeten werden dann (und wohl auch erst nach der endgültigen Entscheidung Europas über Albanien) untereinander die Beute zu teilen haben. Verschiedene Anzeichen lassen nun darauf schließen, daß die Balkanverbündeten wohl ihren militärischen Operationsplan vereinbart, es aber unterlassen haben, auch die möglichen Territorialfragen im voraus zu regeln. Die Verbündeten, die noch vor kurzem erbitterte Rivalen waren, wollten wohl über einem Streit wegen des gewissen Bärenfelles den günstigen Moment zum Angriffe auf die Türkei nicht versäumen und überließen es der Zukunft, die schwierige Frage der Teilung der Beute zu lösen. Sie waren ja auch nicht sicher, solche Siege zu erringen, daß es zu einer Teilung der Beute kommen mußte. Nun wird ihnen aber wohl diese Aufgabe zufallen. Sie birgt tausend Schwierigkeiten und Gefahren. Betrachten wir vor allem Mazedonien. Das ist kein Nationalstaat wie Albanien. Serben, Bulgaren, Slawen unbestimmten Charakters, hellenistische und rumänische Kutzowalachen, Türken, Juden bilden dort ein Gemengsel von Rassen; Orthodoxe, die vom Patriarchen oder Exarchen abhängen, Serbisch-Orthodoxe, Muselmanen, Juden und Katholiken, ein Gewirr von Religionen. Das Wort, das Fürst Clemens *Metternich* seinerzeit mit Unrecht auf Italien prägte, es sei nur „ein geographischer Begriff“, paßt auf Mazedonien. Daher schon jetzt die Differenzen zwischen den Verbündeten. Gelingt es ihnen aber, diese Differenzen zu überwinden, so bietet diese Vereinbarung noch immer keinen freundlichen Ausblick in die Zukunft. Denn stets werden die Serben in Bulgarisch-Mazedonien und die Bulgaren in Serbisch-Mazedonien Aspirationen der heute noch Verbündeten nähren und die Klagen über brutale Entnationalisierung von Bulgaren, Serben und Griechen werden nie und nimmer verstummen. Und nun gar die Frage, was aus Saloniki werden soll. Schon heute streiten Bulgaren und Griechen darüber, wer Saloniki durch Handeln und wer durch „Handeln“ erobert hat. Dabei besteht für keinen der Streitteile ein nationaler Anspruch auf die wichtige Küstenstadt. Von 150,000 Einwohnern waren nach der letzten Zählung 75,000 Juden, 30,000 Türken, 3500 Franken; Griechen, Bulgaren, Serben, Rumänen bildeten den kleinen Rest. Sollten sich Bulgaren und Griechen wegen Salonikis nicht verständigen können, so wird wohl die Botschafterreunion das letzte Wort sprechen. Saloniki wird dann vielleicht als freie Stadt internationalisiert und der gemeinsame Haupthafen der Staaten des Balkanbundes am Aegäischen-Meere werden. Wie immer auch die Teilung der Beute ausgehen mag, sie wird neue Reibungsflächen geschaffen haben, weil diese Teilung unter andern auch Staaten zu Nachbarn gemacht haben wird, die es bisher nicht waren.

Rumänien-Bulgarien. Rumänien ist an der Wiege des heutigen Bulgarien Pate gestanden. Sein Blut hat Bulgarien zu einem suzeränen Staat gemacht, seine Neutralität ließ es selbständig und größer werden. Kein Wunder, daß Rumänien nun auch an der Vergrößerung der Balkanstaaten partizipieren will; umsomehr, als Großbulgarien eine Gefahr für Rumänien bedeutet, wenn sich dieses nicht eine strategisch günstige Grenze schaffen kann. Rumänien verlangt daher von Bulgarien eine neue Grenze, die südlich Silistria beginnen und südlich Kawarna enden würde. Bulgarien will bisher nur eine geringe Grenzrektifikation zugestehen. Hinter Rumänien steht der Dreibund, hinter Bulgarien stehen Rußland und Frankreich.

Der asiatische Besitz der Türkei. Seit Jahrhunderten hat sich die Türkei die Einmengung der Großmächte in ihre inneren Verhältnisse gefallen lassen müssen. Sie erfolgte aus Begehrlichkeit, wegen der derouten Verhältnisse und wegen der Schwäche der Türkei. Die Quellen solcher Einmengungen werden gewiß auch nicht in der Zukunft versiegen. Nur das Objekt wird sich ändern, was bisher Mazedonien, Albanien und Kreta war, wird in Zukunft Armenien, Syrien, Libanon und Arabien heißen.

Kommt es also zu einem Friedensschlusse zwischen den Balkanverbündeten und der Türkei, gelangen die Großmächte zu einem Einvernehmen untereinander und mit den Balkanstaaten — die orientalische Frage wird damit nicht gelöst sein, sie wird dies- und jenseits des Bosporus noch weiter ihre Schrecken zeigen.

Die Bekleidungs- und Gepäckfrage in Frankreich.

Während man in Deutschland und Oesterreich, vor allem aber in England, die Frage der Truppenbekleidung ziemlich rasch im Sinne der Mimikrytheorie erledigt hat, ist man in Frankreich noch zu keinem Ende gelangt. Nicht, daß man dieselbe zeitlich versäumt oder mit Versuchen geknausert hätte. Schon seit dem Burenkriege, als die Taktik sich Khaki zu färben begann, ist man bemüht eine Uniformierung zu erfinden, die den Forderungen geringerer Sichtbarkeit im Gefechte gerecht wird. Wenn man damit nicht so rasch vom Flecke kam, wie manche wünschen mochten, so ist daran nicht nur der Umstand schuld, daß man in der Armee des republikanischen Frankreich noch peinlicher gewissen Ueberlieferungen Rechnung trägt, als in den monarchischen Heeren Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, sondern auch das